

# ROJAVA Factsheet

Herausgegeben von der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V.



## **Factsheet Autonomiegebiet Rojava**

Größe: keine genaue Angaben

Bevölkerungszahl: 4,6 Millionen (Schätzung 2014)

Sprachen: Kurdisch, Arabisch, Aramäisch

Regierungssystem: Demokratische Autonomie/ Selbstverwaltung

Religionen: Afrîn und Kobanî: überwiegend sunnitischer Islam; Cizîrê:

sunnitischer Islam und Christentum

Flluchtzahlen: Dokumentiert 300.000 (Stand 2015)

#### Warum fliehen die Menschen aus Rojava?

Die Fluchtursachen in der Autonomieregion Rojava fokussieren sich vor allem auf den Konflikt mit den umliegenden Kriegsparteien, die die Autonomieregion auf syrischem Gebiet nicht anerkennen. Daraus resultierten und resultieren militärische Angriffe auf das Gebiet, die immer wieder Fluchtbewegungen nach sich ziehen. Dieses Factsheet klärt über die Ursachen zur Flucht aus der Autonomieregion auf.

#### **Politischer Hintergrund**

Das Autonomiegebiet Rojava ist noch relativ jung: Im Rahmen des 2011 ausgebrochenen syrischen Krieges angestoßen vom Arabischen Frühling gab die syrische Regierung Anfang 2013 die Kontrolle über die nördlichen Gebiete auf. Dieses politische Machtvakuum füllten verschiedene Parteien der ethnischen Minderheiten (u.a. Kurd\*innen, Assyrer\*innen/ Aramäer\*innen, Turkmen\*innen, christliche Araber\*innen) die bis dahin schon in den Dörfern vertreten waren. Die größte Partei in der Region, die kurdische "Partiya Yekitîya Demokrat" (PYD) schloss sich mit der assyrisch/aramäischen "Christlich-Syrischen Einheitspartei" und weiteren kleinen Parteien zu einer Verwaltung zusammen.

Im März 2016 wurde dann die "Demokratische Föderation Nordsyrien – Rojava" ausgerufen. Es blieb jedoch beim De-Facto-Status des Autonomiegebietes. Obwohl sich Teile der heterogenen Einwohner\*innenschaft einen kurdischen Staat wünschen, bleibt Rojava eine pluralistische Autonomieregion, die keine Bestrebung zum Nationalstaat hat sowie die Emanzipation der Frauen fördern will. International gibt es jedoch keine offizielle Unterstützung der

Autonomiebestrebungen. Die angrenzenden Nationalstaaten Türkei und Irak erkennen die Souveränität Rojavas nicht an.

#### Fluchtbewegungen aus Rojava

Die bekannteste Fluchtbewegung aus der Autonomieregion heraus fand im Zusammenhang mit der "Schlacht um Kobanî" zwischen dem 15. September 2014 und Februar 2015 statt. Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) - der militärische Arm der PYD – die PKK-zugehörige Hêzên Parastina Gel sowie Teile der Freien Syrischen Armee (FSA) verteidigten die durch den selbsternannten Islamischen Staat angegriffene Stadt Kobanî. Es brach ein blutiger Häuserkampf innerhalb der Stadt aus, bei dem das Bündnis schrittweise die zerstörte Stadt verteidigen konnte. Unterstützung bekamen die kurdischen und syrischen Kämpfenden von der Anti-IS-Koalition unter der Führung der USA. Diese flog Luftangriffe auf IS-Stellungen und richtete eine Luftbrücke ein, die die Kämpfenden im eingeschlossenen Gebiet versorgte. Ein Großteil der Einwohner\*innen der Stadt wurde während des Kampfes in die Türkei evakuiert, Schätzungen zufolge sollen etwa 300.000 Menschen geflohen sein. Im Februar 2015 wurde Kobanî schließlich vom IS befreit.

Eine zweite Fluchtbewegung fand nach Rojava statt: Als Im Sommer 2015 der selbsternannte IS begann, ein Massaker an den **Yezid\*innen** im Sindschar-Gebirge zu verüben, verteidigte die YPG die Minderheit während ihrer Flucht. Nicht ohne dabei aber in Konflikt mit den im Irak lebenden kurdischen bewaffneten Peschmerga zu geraten. Es folgte ein Angriff auf die Stadt Khanasor durch die Peschmerga, der verdeutlicht, dass auch innerhalb der Kurd\*innen Konfliktlinien laufen.

### Vorwürfe von willkürlicher Inhaftierung und Misshandlungen

Im Juni 2014 besuchte Human Rights Watch (HRW) die Jazira, um mögliche Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. In der damals noch entstehenden Autonomieregion habe "die von der PYD betriebene Polizei, auch Asajisch genannt, offenbar Mitglieder kurdischer Oppositionsparteien aufgrund ihrer politischen Aktivitäten festgenommen [...]. In einigen Fällen wurden Oppositionelle nach unfairen Gerichtsverfahren verurteilt, üblicherweise wegen einer angeblichen Beteiligung an Bombenattentaten", so HRW. Befragte, die wegen gewöhnlicher Delikte inhaftiert worden wären, hätten angegeben, man habe sie ohne Gerichtsbeschluss festgenommen, ohne Zugang zu einem Anwalt inhaftiert und erst nach längerer Haft einem Richter vorgeführt.

In zwei kürzlichen Fällen von Prügel durch die **Asajisch** seien die Opfer gestorben. Die beiden von Human Rights Watch inspizierten Gefängnisse in Kamischli (Kamischlo) und Malikijah (Dêrik) entsprachen jedoch offensichtlich internationalen Standards. Weiterhin kritisierte HRW den Einsatz von Minderjährigen in der YPG, woraufhin diese versprach, binnen eines Monats alle Minderjährigen aus den Einheiten auszuschließen. Insgesamt verhielten sich PYD und YPG

kooperativ gegenüber der Menschenrechtsorganisation.

"Human Rights Watch untersuchte auch die gewaltsamen Vorfälle in Amuda (Amûdê) am 27. Juni 2013, wo YPG-Kräfte mit übermäßiger Härte gegen eine Demonstration gegen die PYD vorgingen. Dabei setzten die Kämpfer scharfe Munition ein und töteten drei Männer. Am gleichen Abend töteten die Sicherheitskräfte unter unklaren Umständen noch zwei weitere Männer sowie einen dritten am darauffolgenden Tag. In der Nacht des 27. Juni inhaftierte die YPG im Amuda willkürlich rund 50 Mitglieder und Sympathisanten der oppositionellen Jekiti-Partei. Sie wurden auf einen Militärstützpunkt gebracht und dort geschlagen", so die NGO.

#### Vorwürfe der Vertreibung von Araber\*innen und Turkmen\*innen

Amnesty International (ai) warf der PYD unter Berufung auf Zeug\*innen im Oktober 2015 außerdem die Vertreibung von tausenden Zivilist\*innen sowie das Inbrandsätzen von Häusern in mehreren Dörfern in den Provinzen Hassaka und Rakka vor, von denen überwiegend arabische und turkmenische Dorfbewohner\*innen betroffen gewesen sein sollen. Ein Sprecher der YPG sagte daraufhin, die Bewohner\*innen seien zu ihrer eigenen Sicherheit umgesiedelt worden. Die Polizei Asajisch sprach derweil von "Einzelfällen". Außerdem seien die Gebiete vermint gewesen. Auch wenn der Großteil der Einwohner\*innen in Rojava Kurd\*innen sind, wiedersprechen diese Fälle dem pluralistischen Anspruch der Autonomieregion, die sich auch dem Schutz von Minderheiten verschrieben hatte.

#### Unsichere Zukunft für die Autonomieregion

Die Autonomieregion hat nach wie vor eine unsichere Zukunft, da die internationale Gemeinschaft die Föderation nicht anerkennt. Hinzu kommen die sie umgebenden Konfliktparteien: Die Türkei, die unter Erdogan Kurd\*innen verfolgt, islamistische Milizen in den Regionen, die zu Syrien angrenzen sowie das Assad-Regime mit Unterstützung Russlands, das die Souveränität über das syrische Gebiet nicht verlieren will. Unklar ist nach der zunehmenden Zurückdrängung des IS aus Syrien auch die Unterstützung der von den USA angeführten Anti-IS-Koalition, die ihre Unterstützung bislang mit dem Kampf gegen Terrorismus begründet hatte.

Unsicher ist auch nach wie vor die Versorgung des Autonomieregion: Die Türkei erhält das Embargo für humanitäre Hilfsgüter aufrecht, Richtung Süden ist die Autonomieregion außerdem von islamistischen Milizen bedroht. Bereits jetzt verlassen Menschen aufgrund der Unterversorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung regelmäßig das Autonomiegebiet. Wie viele es sind, kann nicht genau ermittelt werden. Seit Januar 2018 greift die Türkei die Autonomieregion außerdem im Rahmen der Operation "Olivenzweig" mit Unterstützung des Assad-Regimes sowie Russlands aus der Luft und vom Boden an. Sowohl militärische Angriffe als auch humanitäre Katastrophen könnten wieder neue große Fluchtbewegungen aus Rojava verursachen.

#### Literatur

Amnesty International (2015): Syria: US ally's razing of villages amounts to war crimes, https://www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/syria-us-allys-razing-of-villages-amounts-to-war-crimes/, zuletzt aufgerufen am 26.12.2017

Human Rights Watch (2014): Syrien: Menschenrechtsverletzungen in kurdischen Enklaven, https://www.hrw.org/de/news/2014/06/19/syrien-menschenrechtsverletzungen-kurdischen-enklaven, zuletzt aufgerufen am 26.12.2017

Rosa-Luxemburg-Stiftung (2017): Abstimmen im Bürgerkrieg: Regionalratswahlen in Rojava, https://www.rosalux.de/news/id/38163/abstimmen-im-buergerkrieg-regionalratswahlen-in-rojava/, zuletzt aufgerufen am 26.12.2017

Ismail Küpeli (Hg.) (2015): Kampf um Kobanî - Kampf um die Zukunft des Nahen Ostens, Edition Assemblage

**V.i.S.d.P.:** Christian Cleusters, Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V., Glockengarten 1, 44508 Bochum

Bildnachweis Titel: Kurdishstruggle/flickr.com/CC-BY 2.0

**Gefördert durch** die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.







